

Ab Umstrittene Zürcher Besetzung

Zürcher Stadtrat relativiert Einsturzgefahr des EWZ-Gebäudes

Die statischen Mängel am kurzzeitig besetzten Haus beziehen sich laut einem Gutachten nur aufs Dach. Ein Problem sieht sie lediglich bei Schnee oder wenn jemand hochsteigt.

Beat Metzler
Publiziert: 19.12.2022, 14:00

14



Die alten EWZ-Hallen direkt an der Limmat waren Anfang November besetzt.
Foto: Sabina Bobst

Gut eine Woche besetzten Linksautonome in Zürich das EWZ-Kesselhaus direkt an der Limmat. Am Morgen des 8. November **zogen sie ab**, kurz bevor die Stadtpolizei zur Räumung aufbrach. Ob dieser Einsatz gerechtfertigt war, bleibt umstritten – auch nach einer ausführlichen **Erläuterung des Stadtrats zu den Bedenken, die nun vorliegt**.

Das denkmalgeschützte Gebäude gehört dem städtischen Elektrizitätswerk (EWZ), das dem Departement der Industriellen Betriebe von Michael Baumer (FDP) angegliedert ist. Das EWZ machte sofort klar, dass es die Besetzung nicht dulden würde. Die zwei Hauptgründe: 1. Das Dach könnte einstürzen. 2. Das benachbarte Kraft-/Unterwerk Letten befindet sich in Gefahr.

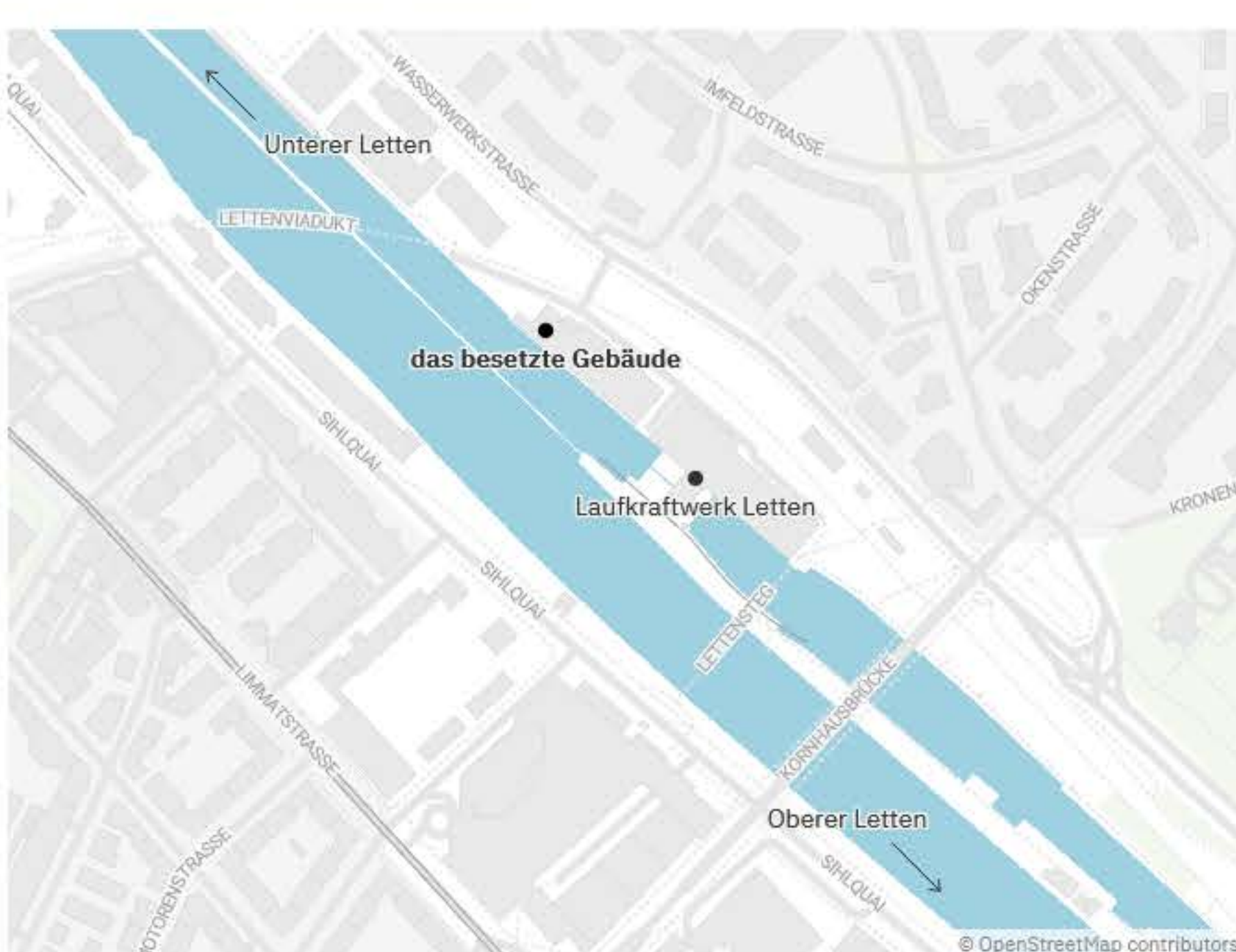
Grüne und AL zweifelten diese Begründung an und verlangten vom Stadtrat genauere Ausführungen zur angeblichen Bauauffälligkeit des Gebäudes. Dieser verweist in seiner Antwort auf ein Gutachten und eine Machbarkeitsstudie, die der Halle einen «schlechten Zustand» attestieren. Rost habe einige Stahlträger befallen. Der Stadtrat schreibt aber auch: Die Tragsicherheit bleibe in den nächsten Jahren gewährleistet.

Keine «generelle Einsturzgefahr»

Statische Mängel weisen das Dach auf. Vor allem Schnee führe dort zu Problemen. Vor zwei Jahren seien deswegen «Teile des Dachs» eingestürzt. Gefährlich wäre es auch geworden, wenn Aktivistinnen und Aktivisten das Dach bestiegen hätten. Dabei hätten sie durchbrechen können. Deshalb habe das EWZ die Einsturzbedenken geäussert. «Eine generelle Einsturzgefahr für das gesamte Gebäude war nicht gemeint», schreibt der Stadtrat.

Das EWZ möchte die Halle ab sofort bis ins Jahr 2027 als Lagerraum brauchen. Den Platz brauche man, solange das EWZ-Areal Herdern an der Pfingstweidstrasse saniert werde. Für ein Lager reiche der Zustand des Kesselhauses aus. Eine Publikumsnutzung für mehr als 100 Menschen lasse sich jedoch nicht verantworten, schreibt der Stadtrat. Es fehle an WCs und Fluchtwegen.

EWZ-Gebäude an Limmat besetzt



Das EWZ befürchtete bei einer Besetzung auch einen «Übergriff» auf das unmittelbar benachbarte Kraft-/ Unterwerk Letten. Bei diesem handle es sich um eine «kritische, versorgungsrelevante Infrastruktur». Die Einfahrt des Unterwerks führt das Kesselhaus entlang. Das EWZ befürchtete, dass eine Besetzung den Zugang beeinträchtigt hätte. Dies wäre in einem Störfall gefährlich geworden. Ausserdem stehe das Einfahrtstor teilweise offen, schreibt der Stadtrat. Trotz Videoüberwachung lasse sich nicht verhindern, dass Personen auf das Gelände gelangten. Eine Besetzung hätte aus Sicht des Stadtrats eine neue Umzäunung und eine neu geregelte Zufahrt nötig gemacht.

Linke sehen sich in Kritik bestätigt

Grüne und AL haben im Gemeinderat neben der Anfrage auch ein Postulat eingereicht. Dieses verlangt im Kesselhaus eine «selbst organisierte Nutzung für kulturelle und politische Veranstaltungen, Selbsthilfefwerkstätten und eine Küche». Die beiden Parteien sehen sich durch die Ausführungen des Stadtrates bestärkt. Dieser gebe zu, dass das Haus nicht baufällig sei und eine Besetzung keine Gefahr für die Stromversorgung darstelle, sagt AL-Fraktionschef David Garcia Nuñez. Der grüne Gemeinderat Luca Maggi nennt die Räumungsbegründung «vorgeschoben».

Das EWZ lasse eine schöne, zentral gelegene Halle über Jahre hinweg verlottern, obwohl ein Mangel herrsche an solchen Räumen, kritisiert Garcia Nuñez. «Einen temporären Lagerraum hätte das EWZ sicher auch anderswo finden können.»



Am 8. November umstellen Polizisten das EWZ-Haus in Zürich-Wipkingen.
Foto: Ev Manz

Die Bürgerlichen hingegen unterstützten die Räumung. In der Gemeinderatssitzung vom 9. November warf die SVP der AL vor, diese solidarisiere sich mit «Schwerverbrechern». Die Besetzung verstosse gegen die Bundesverfassung. Die FDP verurteilte den Hausfriedensbruch. Der zuständige Stadtrat Michael Baumer sagte, es gebe kein «Recht auf Besetzung», die Sicherheit gehe vor.

Wie es nach dem Jahr 2027 mit der Halle weitergeht, ist offen. Man evaluiere derzeit mögliche Nutzungen, schreibt der Stadtrat. Er hat sich auch bereit erklärt, das Postulat von Grünen und AL zu prüfen. Der Gemeinderat hat dieses noch nicht behandelt.